

Der Ausländerbeauftragte
beim Thüringer Ministerium für
Soziales, Familie und Gesundheit



Asylverfahren: Rechte und Pflichten der Asylbewerber

Asylverfahren: Rechte und Pflichten der Asylbewerber

Impressum:

Herausgeber: Der Ausländerbeauftragte beim Thüringer Ministerium für
Soziales, Familie und Gesundheit
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

Text: Ekehard Peters
Fabian Metze

Redaktion Adriana Sonntag

Druck und Layout: n.n.

Erfurt, 2006

Auflage

Vorwort des Herausgebers

An die Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben den Entschluss gefasst, Ihr Heimatland zu verlassen, um in Deutschland um politisches Asyl nachzusuchen bzw. nach der Genfer Konvention als Flüchtling anerkannt zu werden. Nach Ihrem Eintreffen in der Bundesrepublik Deutschland wurden Sie von den zuständigen Behörden für Ihren vorläufigen Aufenthalt dem Land Thüringen zugewiesen. Als der Ausländerbeauftragte beim Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit begrüße ich Sie im Land Thüringen in der geographischen Mitte der Bundesrepublik, dem so genannten „Grünen Herzen“ Deutschlands.

Diese Broschüre bietet Ihnen eine Einführung in einige Rechte, die Ihnen während Ihres Aufenthaltes als Asylbewerber zustehen und in Pflichten, die die Gesellschaft auf Grund der in Deutschland geltenden Gesetze von Ihnen erwartet. Sie erhalten Informationen über Ihre Unterbringung, die Möglichkeiten der medizinischen Versorgung, über Fragen der Erwerbstätigkeit, der Schul- und Erwachsenenbildung, über Einschränkungen Ihrer Freizügigkeit, über Angebote der Sozialberatung und über Rückkehrhilfen. Die Regeln des Asylverfahrens selbst sind nicht Gegenstand dieser Information. Darüber können Sie ein besonderes Informationsblatt der Wohlfahrtsverbände erhalten. Nicht auf alle Fragen kann in dieser Broschüre eingegangen werden. Mit speziellen Anliegen können Sie sich an die Betreuerinnen und Betreuer in den Wohnunterkünften wenden. Ferner finden Sie im Anhang eine Zusammenstellung von Adressen der Ausländerbeauftragten der Thüringer Landkreise und Städte. Ausländerbeauftragte haben keine behördlichen Vollzugsaufgaben, sondern sie sind dazu da, Ausländern beratend zur Seite zu stehen. Sie werden nicht alle Ihre Probleme lösen, Sie aber in vielen Fällen an andere Beratungs- und Hilfseinrichtungen weiter vermitteln können.

Bis zur Entscheidung über Ihren Asylantrag haben Sie nur eingeschränkt die Möglichkeit, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Mit staatlichen Integrationshilfen können Sie erst rechnen, wenn Sie als asylberechtigt anerkannt worden sind. Gleichwohl ist Thüringen nun für eine – unter Umständen längere - Zeit ihr Lebensmittelpunkt. Daher ermutige ich Sie, trotz mancher Einschränkungen Kontakt zur Thüringer Bevölkerung zu suchen - in der Nachbarschaft, in Religionsgemeinschaften und Vereinen, bei Arbeitsgelegenheiten, ggf. in der Schule Ihrer Kinder und im Sport. Nehmen Sie in Ihrem Wohnort auch die Angebote von Vereinen und Sozialverbänden wahr! Viele Asylbewerber nutzen die Aufenthaltszeit in Deutschland, um sich erste Kenntnisse der deutschen Sprache anzueignen. Deutschkenntnisse sind auch dann sinnvoll, wenn Sie kein Daueraufenthaltsrecht in Deutschland erlangen. Viele nützliche Informationen und wertvolle Kontakte werden Ihnen dann leichter zugänglich.

Für die Zeit Ihres Aufenthaltes in Thüringen wünsche ich Ihnen alles Gute.

Erfurt, im Mai 2006

Eckehard Peters

Ausländerbeauftragter beim Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

1. Ihre Unterbringung in Thüringen

Sie sind wie alle Asylsuchenden, die dem Land Thüringen zugewiesen werden, zur Landesaufnahmestelle nach Eisenberg geschickt worden. Der Fachausdruck für diese Gemeinschaftsunterkunft lautet *Erstaufnahmeeinrichtung*. Nach dem Asylverfahrensgesetz soll die Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung die Dauer von drei Monaten nicht überschreiten. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne ihre Eltern als Asylbewerber einreisen, kommen nicht in die Erstaufnahmeeinrichtung, sondern werden durch das Jugendamt in einem Heim der Kinder - und Jugendhilfe untergebracht. Normalerweise wird Ihnen bereits während Ihres Aufenthaltes in Eisenberg vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Gelegenheit gegeben, Ihren Asylantrag zu stellen und in einem ausführlichen Gespräch zu begründen, warum Sie in Ihrem Heimatland gefährdet sind und in der Bundesrepublik um Schutz nachsuchen.

Wenn über Ihren Asylantrag nicht sofort entschieden werden kann, werden Sie spätestens nach drei Monaten einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt in Thüringen zugewiesen. In Thüringen gibt es sechs kreisfreie Städte und siebzehn Landkreise. Die Städte und Landkreise unterhalten Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber, in denen Sie in ähnlicher Weise untergebracht werden wie in Eisenberg. Die Einrichtungen sind über das gesamte Land verteilt, einige liegen in Städten, andere in ländlichen Gebieten. Auf die Wahl Ihres künftigen Wohnortes können Sie in der Regel keinen Einfluss nehmen. Das Thüringer Landesverwaltungsamt legt je nach freier Kapazität eine Unterkunft für Sie fest. Lediglich wenn bereits nahe Familienangehörige als Asylbewerber in Deutschland leben, können Sie einen Antrag stellen, als Familie gemeinsam untergebracht zu werden. Dauert Ihr Aufenthalt in Deutschland länger als ein Jahr, ist es in einigen Fällen möglich, in eine Einzelunterkunft, das heißt, in eine vom Sozialamt angemietete Wohnung umzuziehen. Das gilt vorzugsweise für Familien mit Kindern. Allerdings haben Sie keinen Anspruch darauf, in einer Einzelwohnung untergebracht zu werden. Die Behörde ist verpflichtet, darauf zu achten, dass durch die Unterbringung in einer Wohnung dem Staat keine höheren Kosten entstehen.

Mit Ihrem Umzug in eine Gemeinschaftsunterkunft, bekommen Sie automatisch eine Aufenthaltsgestattung für den jeweiligen Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt. Innerhalb des jeweiligen Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt können Sie sich frei bewegen, dürfen jedoch den Landkreis oder die Stadt nicht unerlaubt verlassen. Um ihren Landkreis verlassen zu können, benötigen Sie eine Erlaubnis der zuständigen Ausländerbehörde, einen so genannten „Urlaubsschein“. Die Ausländerbehörden stellen in begründeten Fällen solche Erlaubnisse aus. In der Regel sind diese Bescheinigungen gebührenpflichtig. Achten Sie bitte darauf, Ihren Kreis nicht ohne eine solche Erlaubnis zu verlassen, da dies im Wiederholungsfall als Straftat geahndet wird. Sollten Sie einmal 14 Tage lang nicht in Ihrer Gemeinschaftsunterkunft erscheinen, werden Sie abgemeldet und als „nach unbekannt verzogen“ vermerkt. Eine Rückkehr ist zwar jederzeit möglich. Für die Zeit Ihrer Abwesenheit erhalten Sie jedoch keine finanzielle Unterstützung für Ihren Lebensunterhalt und für die Behörde stellt sich die Frage, ob Sie in dieser Zeit den Landkreis oder die Stadt unerlaubt verlassen haben und ob Sie noch Sozialleistungen benötigen, wenn Sie längere Zeit ohne solche Leistung ausgekommen sind.

Wenn Sie im Ergebnis Ihres Asylverfahrens als asylberechtigt anerkannt werden, wird die Anwesenheitspflicht in einer bestimmten Stadt oder einem Landkreis für Sie aufgehoben und Sie sind nicht mehr verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen.

2. Die Sicherung Ihres Lebensunterhalts als Asylbewerber

Wenn Sie bei Ihrer Ankunft in Deutschland mittellos sind, hilft Ihnen der Staat bei der Sicherung ihrer Grundbedürfnisse. Eine staatliche Unterstützung steht Ihnen zu, wenn Sie über kein eigenes Einkommen oder Vermögen aus ihrer Heimat verfügen und solange Sie nicht einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

Im Asylbewerberleistungsgesetz ist geregelt, welche Unterstützung Asylbewerber beanspruchen können. Im Gesetz ist vorgeschrieben, dass anstelle von Geld vorrangig Sachleistungen zu gewähren sind. Zu den Sachleistungen gehören beispielsweise die Unterkunft einschließlich Heizung, Elektroenergie, Wasser, sowie Möbel und Haushaltsgeräte, die Ihnen zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Nahrungsmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs können Sie nach Ihren Gepflogenheiten einkaufen. Allerdings wird dafür in der Regel kein Bargeld ausgehändigt, sondern entweder Gutscheine oder eine Chipkarte, auf der monatlich der unten angegebene Geldbetrag gespeichert wird. Mit einer dieser Varianten können Sie bezahlen. Die Betreuer in den Gemeinschaftsunterkünften werden Ihnen erklären, in welchen Geschäften Sie damit einkaufen können. Bei Chipkarten ist es ratsam, den gespeicherten Betrag pro Monat möglichst vollständig auszugeben, da ein Ansparen von einem Monat zum anderen nicht möglich ist. Der Betrag würde in diesem Fall verfallen. Eine Auszahlung des Betrages von der Chipkarte ist nur bei geringen Restbeträgen möglich.

Insgesamt stehen Ihnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz monatlich folgende Beträge zu:

- | | |
|---|---------|
| ▪ Für den Haushaltsvorstand | 184,07€ |
| ▪ Für jedes Ihrer Kinder bis zur Vollendung des 7. Lebensjahr | 112,48€ |
| ▪ Für alle anderen Familiangehörigen | 158,50€ |

Mit Hilfe dieser Unterstützung können Sie sich mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Gütern zur Gesundheits- und Körperpflege und ähnlichem versorgen. Gleichzeitig dienen diese Leistungen Ihrer Versorgung mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts (z. B. Elektroenergie), die Ihnen in der Unterkunft direkt zur Verfügung gestellt werden. Daher wird das Sozialamt grundsätzlich einen Teil des gesetzlich vorgesehenen Betrages für diese Leistungen einbehalten.

Zusätzlich zu diesen Leistungen erhalten Sie ein so genanntes „Taschengeld“, über das Sie frei verfügen können und das Ihnen als Barbetrag ausgezahlt wird. Hier finden Sie die aktuellen Beträge:

- Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres erhalten 20,45€ pro Monat.
- Personen ab dem 15. Lebensjahr erhalten 40,90€ pro Monat.

In besonderen Fällen können noch weitere Leistungen gewährt werden. Dazu zählen spezielle Bedürfnisse von Kindern, wie eine Erstausrüstung für Säuglinge, Schulmaterialien, Kosten für eine Klassenfahrt, aber auch Hilfen für Schwangere.

Wenn über Ihren Asylantrag nach drei Jahren noch nicht entschieden worden ist, stehen Ihnen höhere, am Sozialhilfesatz für Inländer orientierte Beträge zu.

Wenn Sie ein Arbeitseinkommen haben (siehe Punkt 4), erhalten Sie keine oder – je nach Höhe des Einkommens - nur ergänzende Sozialleistungen. Von einem Arbeitseinkommen müssen Sie auch eine Gebühr für die Unterkunft entrichten, deren Höhe Ihnen das jeweilige Sozialamt mitteilt.

Sozialleistungen können auch gekürzt werden. Das kann der Fall sein, wenn Sie eine vom Sozialamt angewiesene gemeinnützige Arbeitstätigkeit nicht annehmen. Ferner können Sozialleistungen gekürzt werden, wenn Ihr Asylantrag abgelehnt wird und Sie zur Ausreise verpflichtet sind, der Ausreiseaufforderung aber nicht nachkommen.

3. Gesundheitsfürsorge

Sollten Sie unter einer behandlungsbedürftigen Krankheit oder akuten Schmerzzuständen leiden, steht Ihnen ärztliche Hilfe zu. Sollte es sich dabei nicht um einen Notfall handeln,

Ist vor dem Besuch des Arztes eine Bestätigung vom Sozialamt erforderlich. Eine medizinische Behandlung, die nicht unbedingt erforderlich ist oder die auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann, kann abgelehnt werden. Ihr Arzt wird Sie also außer im Notfall nur dann behandeln, wenn Sie ihm den Behandlungsschein vorlegen. Sollten Sie von ihrem Hausarzt zu einem Facharzt überwiesen werden, benötigen Sie einen neuen Behandlungsschein.

Ist eine medizinische Behandlung genehmigt, werden Ihnen auch die Mittel, die zu Ihrer Gesundheit beitragen, also Medikamente, Verbandsmittel o. ä. zur Verfügung gestellt. Fahrtkosten zu Ihrem Arzt werden in der Regel nicht übernommen. Auch die Kosten für Brillen oder Kontaktlinsen können nicht übernommen werden. Zahnersatz wird nur gewährt, wenn es im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist. Auch vor dem Aufsuchen eines Zahnarztes benötigen Sie einen Behandlungsschein. Sie können jährlich zu einer Vorsorgeuntersuchung zum Zahnarzt gehen, Ihre Kinder bis zu zweimal jährlich.

Frauen haben während der Schwangerschaft und bei einer Geburt einen Anspruch auf besondere Fürsorge und medizinische Hilfe.

Für Kinder besteht die Möglichkeit, an speziellen medizinischen Kinderuntersuchungen teilzunehmen. Ferner sind die wichtigsten Impfungen kostenfrei. Auch Erwachsene können sich impfen lassen und sich freiwillig Vorsorgeuntersuchungen zur Krebsfrüherkennung unterziehen.

Personen, die drogen- oder alkoholabhängig sind, haben grundsätzlich die Möglichkeit, an einer Entzugstherapie teilzunehmen. Bitte beachten Sie, dass der Erwerb und der Handel von berauschenden Drogen (außer Alkohol und Tabak) in Deutschland verboten sind. Der Handel und die Weitergabe von illegalen Drogen können mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren bestraft werden. Wer als Ausländer gegen das Betäubungsmittelgesetz verstößt, muss mit der Ausweisung rechnen. Falls Sie Fragen zu diesem Thema haben, können Sie sich jederzeit an eine Suchtberatungsstelle wenden.

An HIV (Aids) wie auch an anderen übertragbaren Krankheiten infizierte Patienten erhalten spezielle Hilfen. Die Aidshilfe Thüringen (www.erfurt.aidshilfe.de) hält kostenlos weitere Informationen für Sie bereit und berät Sie gern.

In Deutschland gibt es besondere Zentren, in denen vor allem traumatisierte Asylbewerber und Flüchtlinge medizinische und psychotherapeutische Hilfen erhalten können. Darunter fallen vor allem Personen, die Opfer von Folter, Vergewaltigung, sexuellem Kindesmissbrauch, genitaler Verstümmelung (sog. Mädchenbeschneidung) o. ä. geworden sind. Verschweigen Sie Ihrem Arzt/Ihrer Ärztin nicht, wenn Sie derartiges erleiden mussten! Nur wenn Sie sich Fachleuten wie Ärzten, Sozialarbeitern, Ausländerbeauftragten, Bediensteten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder Mitarbeitern von Sozialbehörden diesbezüglich offenbaren, können Sie damit rechnen, dass Ihnen geholfen wird. In Deutschland hat man wenig Verständnis dafür, wenn sich jemand schämt, weil er *Opfer* einer Gewalttat geworden ist. Schämen müssen sich die *Täter*. Und was die Sexualität anlangt: Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gilt als modern und aufgeklärt. Angestrebt wird eine Kultur, die die Intimsphäre der Menschen wahrt, ohne sexuelle Fragen zu tabuisieren. Und es gilt das unbedingte Recht auf sexuelle Selbstbestimmung für beide Geschlechter.

Einheimische pflichtversicherte Patienten müssen beim Besuch eines Arztes vierteljährlich eine so genannte Praxisgebühr von 10 € bezahlen. Als Asylbewerber ohne Arbeitseinkommen müssen Sie diese Gebühr nicht bezahlen. Auch von Zuzahlungen zu verschreibungspflichtigen Medikamenten sind Sie befreit. Die Kosten für einen Dolmetscher während der Behandlung werden jedoch nicht übernommen. Wenn ihre Deutschkenntnisse noch gering sind, ist es ratsam, Freunde oder Familienmitglieder, die als Sprachmittler dienen können, zum Arzt mitzunehmen. Darüber hinaus können Sie

sich auch erkundigen, ob es in Ihrer Nähe Ärzte gibt, die Ihre Muttersprache beherrschen. Manche Ärzte und Psychologen werben mit Fremdsprachenkenntnissen um ausländische Patienten.

Über die Gesundheitsfürsorge für Migranten in Thüringen finden Sie noch ausführlichere Informationen in einer vom Ausländerbeauftragten herausgegebenen Broschüre, die in mehrere Sprachen übersetzt wurde und in jeder Gemeinschaftsunterkunft vorliegen sollte. Wenden Sie sich bitte an die Sozialbetreuer oder den Heimleiter Ihrer Gemeinschaftsunterkunft!

4. Erwerbstätigkeit

In Thüringen herrscht eine relativ hohe Arbeitslosigkeit. Am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen sind Personen, die nicht über eine Berufsausbildung verfügen. Aber auch gut Qualifizierte finden oft keine Stelle in dem Beruf, für den sie ausgebildet sind. Dementsprechend ist es für Asylbewerber meistens schwer, in Thüringen eine Arbeitsstelle zu finden. Unmöglich ist es aber nicht. Vor allem für so genannte Saisonarbeiten finden auch Asylbewerber gelegentlich eine Anstellung. Allerdings gelten für Asylbewerber besondere Regeln für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Für Asylbewerber gilt generell, dass erst nach einer Wartezeit von einem Jahr ein Antrag auf eine „Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung“ (ehemals Arbeitserlaubnis) gestellt werden kann. Die Erlaubnis ist bei der Ausländerbehörde zu beantragen. Der Antrag wird an die Agentur für Arbeit weitergeleitet, die über den Antrag zu entscheiden hat. Wichtig ist, dass Sie bereits eine Anstellung in Aussicht haben müssen, um - am besten mit der Hilfe des Unternehmens - einen Antrag auf Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung stellen zu können. Denken Sie daran, den Antrag so frühzeitig wie möglich - also mindestens 4 bis 6 Wochen vor dem gewünschten Arbeitsbeginn - einzureichen. Die Arbeitsagentur hat die Pflicht, die Lage des Arbeitsmarktes zu prüfen. Geprüft wird, ob Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft oder die eines Landes der Europäischen Union besitzen, als Bewerber für den Arbeitsplatz zur Verfügung stehen. Nur wenn das nicht der Fall ist, wird Ihnen eine Erlaubnis ausgestellt. Sie gilt dann auch nur für das konkrete Unternehmen und die beantragte Tätigkeit.

Erwerbstätigkeit ohne Arbeitserlaubnis zählt als illegale Beschäftigung („Schwarzarbeit“), ist in Deutschland verboten und sowohl für den Arbeitgeber als auch den Arbeitnehmer strafbar. Schwarzarbeiter haben keine Unfallversicherung, und es kann ihnen in der Regel nicht oder nur sehr schwer geholfen werden, wenn ihnen der Arbeitslohn vorenthalten wird. Lassen Sie sich auf so etwas nicht ein, auch wenn Ihnen ein attraktiver Lohn versprochen wird!

Wer ein Arbeitseinkommen hat, erhält in der Regel keine Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und hat selbstverständlich für die Unterbringung in der Wohnung oder Gemeinschaftsunterkunft eine Gebühr zu entrichten.

In den Gemeinschaftsunterkünften und auch von Stadt- und Gemeindeverwaltungen werden gelegentlich gemeinnützige Tätigkeiten organisiert. Wenn solche Arbeitsangebote an Sie herangetragen werden, sind Sie nach dem Asylverfahrensgesetz verpflichtet, sie anzunehmen. Die gemeinnützigen Tätigkeiten werden mit 1,05 €/Stunde vergütet, die aus Steuermitteln finanziert werden. Von diesem Verdienst müssen Sie keine Abgaben zur Deckung der Unterbringungs- und Lebenshaltungskosten machen. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit eines geringen Dazuverdienstes zu den Sozialleistungen.

5. Schule, Fortbildung, Religion und gesellschaftliches Leben

Auch die Kinder von Asylbewerbern sind in Thüringen verpflichtet, die Schule zu besuchen. Das gilt für Jungen und Mädchen gleichermaßen. Die Schulpflicht für

Asylbewerberkinder tritt allerdings erst ein, wenn sie nicht mehr in der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenberg wohnen. Die Kinder und Jugendlichen von Asylbewerbern werden ihrem Alter gemäß in die entsprechende deutsche Schulklasse integriert und lernen mit ihren deutschen Mitschülern den gleichen Schulstoff. Schülerinnen und Schüler, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist, erhalten in Thüringen zusätzlichen Deutschunterricht. Auch wenn nur wenige ausländische Kinder in einer Klasse sind, werden sie individuell so lange gefördert, bis sie in der Lage sind, dem Unterricht zu folgen. Keine Schülerin und kein Schüler soll wegen nicht ausreichender Deutschkenntnisse in der Schule versagen. In manchen Gemeinschaftsunterkünften werden den Schülerinnen und Schülern Hilfen bei der Erledigung der Hausaufgaben angeboten. Hier sind oft ehrenamtliche Helfer tätig, die diese Aufgaben freiwillig und ohne Bezahlung übernehmen.

Die meisten einheimischen Kinder besuchen in den Jahren vor der Einschulung einen Kindergarten. Ein Kindergartenbesuch ist auch für Ihre Kinder möglich. In manchen Gemeinschaftsunterkünften wird eine Kinderbetreuung direkt organisiert. Wenn Kinder schon im Vorschulalter die deutsche Sprache erlernen, haben sie noch bessere Voraussetzungen für die schulischen Anforderungen.

Als Eltern liegt Ihnen gewiss die schulische Entwicklung Ihrer Kinder am Herzen. Sie sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass Ihre Kinder die Schule regelmäßig besuchen und die geforderten Aufgaben erledigen. Auch tun Sie gut daran, persönlich Kontakt zu den Lehrerinnen und Lehrern Ihrer Kinder zu halten. Nutzen Sie die Elterabende und Elternsprechzeiten der Klassenlehrer, auch wenn es am Anfang Verständigungsprobleme geben sollte! Meistens lassen sie sich mit etwas gutem Willen überwinden. Schulgeld muss man in Thüringen an den staatlichen Schulen nicht bezahlen. Einen Kostenbeitrag zu den Schulbüchern müssen Sie nur entrichten, wenn Sie ein Arbeitseinkommen haben. Für weitere Schulmaterialien und ggf. für Klassenfahrten können vom Sozialamt Unterstützungen gewährt werden.

Bitte sehen Sie im regelmäßigen Schulbesuch Ihrer Kinder eine später kaum nachholbare Bildungschance! Die Schule ist für Ihre Kinder auch ein unverzichtbarer Ort, um Freunde zu finden und sich mit der Lebensweise in Deutschland vertraut zu machen. Weitergehendes Informationsmaterial zum Schulsystem in Thüringen gibt es auch in verschiedenen Sprachen. Bitte erkundigen Sie sich bei Ihren Sozialbetreuern!

Aber Bildung ist nicht nur etwas für Kinder und Jugendliche. Auch für Erwachsene gibt es vielfältige Möglichkeiten sich fortzubilden- allerdings nicht immer kostenfrei. Staatliche Integrationshilfen sind für Sie erst vorgesehen, wenn Sie als asylberechtigt anerkannt worden sind. Es liegt an Ihrer Initiative, inwieweit Sie die Zeit als Asylbewerber für Ihre Fortbildung nutzen. Das Erlernen der Deutschen Sprache sollte dabei im Mittelpunkt stehen. Mancherorts bieten Vereine Deutschkurse, aber auch Computerkurse an, die für Asylbewerber wenig oder nichts kosten. Ein umfangreiches Bildungsprogramm für Erwachsene bieten die Volkshochschulen, die es in Thüringen in jeder größeren Stadt gibt. Deren Kurse sind zwar kostenpflichtig, bieten aber Sozialhilfeempfängern oft Vergünstigungen. Religiöse oder politische Bildungsveranstaltungen, wie sie von kirchlichen Organisationen, einigen Sozialverbänden und den Gewerkschaften angeboten werden, sind meistens kostenlos.

Darüber hinaus können Sie öffentliche Bibliotheken besuchen. In fast allen können auch fremdsprachige Bücher ausgeliehen werden.

Aktiv Sport zu treiben (und nicht nur im Fernsehen dabei zuzuschauen) ist eine weit verbreitete Freizeitbeschäftigung und ein wichtiges Mittel, sich gesund zu erhalten. Wenn Sie sich einem Sportverein anschließen, werden Sie schnell einheimische Freunde finden. Der Thüringer Landesportbund fördert mit dem Projekt „Integration durch Sport“ speziell den Freizeitsport von Migranten. Ihre Sozialbetreuer helfen Ihnen bestimmt bei der Suche nach Angeboten in ihrer Nähe.

In Deutschland gilt die Freiheit der Religionsausübung. Unter *positiver Religionsfreiheit* versteht man, dass jeder – egal ob deutscher Staatsbürger oder Ausländer – seine Religion im Rahmen der für alle geltenden Gesetze frei ausüben kann. Manchen nichtchristlichen religiösen Praktiken stehen allerdings staatliche Gesetze entgegen. So ist beispielsweise das Schächten von Tieren durch Tierschutzbestimmungen eingeschränkt. Auch dürfen religiöse Vorstellungen nicht zu Ungleichbehandlungen von Mädchen und Jungen, bzw. von Frauen und Männern führen. Die vor allem in afrikanischen Ländern aus archaisch-traditionellen Vorstellungen gelegentlich mit pseudoreligiöser Begründung verbreitete Praxis der Beschneidung von Mädchen oder jungen Frauen ist in Deutschland eine Straftat und wird als schwere Körperverletzung strafrechtlich verfolgt.

Als *negative Religionsfreiheit* bezeichnet man die Tatsache, dass niemand zur Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft bzw. zu einer religiösen Handlung gezwungen werden darf. Die vorherrschende Religion in Deutschland ist das Christentum. Die meisten Thüringer Christen gehören der evangelischen (protestantischen) Kirche an. Aber auch römisch-katholische Gemeinden finden Sie vielerorts. Im Eichsfeldkreis bilden sie die Mehrheit. In einer Erfurter katholischen Kirche finden gelegentlich orthodoxe Gottesdienste statt. Die relativ kleine Jüdische Landesgemeinde hat ihren Sitz in Erfurt, aber auch in Jena lebt eine größere Gruppe jüdischer Immigranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. In Erfurt gibt es inzwischen eine wachsende Moscheegemeinde, in der sich Muslime unterschiedlichster Herkunft und Nationalität versammeln. Kleinere islamische Kulturvereine und Moscheegemeinden bilden sich seit einiger Zeit an verschiedenen Orten im Umfeld von Asylbewerberunterkünften, aber auch an Universitäten. In vielen Gemeinschaftsunterkünften steht ein Gebetsraum zur Verfügung.

In Erfurt, Stauffenbergallee 32, besteht seit 2004 ein tibetisch-buddhistisches Zentrum, in dem regelmäßig Meditationsabende, Dharmavorträge und Gebetsrituale stattfinden.

Ich möchte Sie ermutigen, von Anfang an aktiv am gesellschaftlichen Leben in Thüringen teilzunehmen und auf die einheimische Bevölkerung zuzugehen, auch wenn über Ihren Asylantrag noch nicht entschieden wurde und demzufolge nicht klar ist, ob Sie in Deutschland werden bleiben können.

6. Rat und Hilfe in besonderen Lebenslagen

In Thüringen gibt es eine Vielzahl von spezialisierten Einrichtungen, die Ihnen mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, wenn Sie sich besonderen Lebenssituationen gegenüber sehen und das Gefühl haben, ihre Probleme allein nicht lösen zu können. Bei den meisten Verwaltungen der

Landkreise und Städte arbeiten Ausländerbeauftragte (siehe Adressenanhang). Ausländerbeauftragte haben keine behördlichen Vollzugsaufgaben. Sie sind eingesetzt, um Immigranten zu beraten, Sachinformationen zu verbreiten, dafür Sorge zu tragen, dass die Rechte von Immigranten nicht verletzt werden und in der einheimischen Bevölkerung die Akzeptanz für Immigranten gefördert wird. Sie können sich grundsätzlich mit allen persönlichen Angelegenheiten an die Ausländerbeauftragten der Landkreise und Städte wenden. In vielen Fällen werden Ihnen die Ausländerbeauftragten nicht unmittelbar helfen. Sie werden Sie aber in den meisten Fällen an kompetente Fachdienste weitervermitteln können. Solche Dienste sind beispielsweise Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen. Hier sind psychologisch ausgebildete Beraterinnen und Berater tätig, mit denen man Beziehungsprobleme, innerfamiliäre Konflikte und persönliche Schwierigkeiten aufarbeiten kann. Frauen, die ein Kind erwarten oder die ungewollt schwanger geworden sind, können sich an sich an Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wenden. Für Probleme bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen stehen Erziehungsberatungsstellen und Jugendämter zur Verfügung. Frauen, die in der Familie – etwa durch den Ehepartner – Gewalt erfahren,

können sich an Gleichstellungsbeauftragte oder Frauenzentren wenden und werden unter Umständen für eine gewisse Zeit in Frauenschutzwohnungen untergebracht, um sie vor innerfamiliärer Gewalt zu schützen. Auch für Kinder und Jugendliche, die im Elternhaus statt Geborgenheit Gewalt erfahren und physisch oder psychisch misshandelt oder sexuell missbraucht werden, gibt es Hilfe. Sie können sich über ein Sorgentelefon an eine Jugendhilfestelle wenden und ggf. erwirken, von einem Jugendamt in Obhut genommen zu werden. Die Telefonnummer lautet: 0800-0080080.

Für die Ausländerbeauftragten und alle mit öffentlichen Mitteln geförderten Beratungsstellen gilt, dass die Beratungen kostenlos sind und Vertrauensschutz genießen, d.h. die Beraterinnen und Berater sind zum Schweigen verpflichtet und erteilen Dritten gegenüber über die Beratungsgespräche keine Auskünfte.

Auf AIDS-Hilfestellen und Suchtberatungsstellen wurde im Kapitel „Gesundheitsfürsorge“ bereits hingewiesen. Bei psychischen Problemen können die Hilfen der sozialpsychiatrischen Dienste bei den Gesundheitsämtern genutzt werden. Sie leisten Beratungen über Erkrankungen, Hilfen im Alltag, Begleitung zu Ärzten und Ähnliches mehr.

Um Personen, die Opfer von Straftaten geworden sind, kümmert sich die Organisation „Weißer Ring“. Die Organisation bietet Kriminalitätsoptionen eine persönliche Beratung an und hilft auf Wunsch beim Umgang mit Behörden und bei Gerichtsterminen. Opfer rassistisch bzw. fremdenfeindlich motivierter Straftaten können neben der Hilfe der Polizei auch auf die Unterstützung und Beratung des in Jena ansässigen Vereins Drudel 11 e.V. zählen. Sollten Sie Opfer einer Straftat werden, ist es dringend anzuraten, diese anzuzeigen. Wenden Sie sich unbedingt an die Polizei. Die Polizei ist verpflichtet, jede Anzeige einer Straftat entgegenzunehmen, und sie wird Ihnen weiterhelfen.

Sie sollten jedoch wissen und strikt berücksichtigen: Auf Ihr Asylverfahren, von dessen Ausgang Ihr weiterer Aufenthalt in Deutschland abhängt und das verständlicherweise im Zentrum Ihres Interesses steht, haben Ausländerbeauftragte und Beratungsstellen keinen Einfluss. Rechtsberatungen und Vertretungen vor Gericht können nur durch Rechtsanwälte erfolgen. Die Anwaltliche Vertretung ist stets kostenpflichtig. Allerdings kann in begründeten Fällen Prozesskostenhilfe beantragt werden.

7. Konflikte

Wo Menschen – oft auf engem Raum – zusammenleben, kann es zu Konflikten kommen. Das gilt gleichermaßen für Einheimische wie für Asylbewerber. „Mit Konflikten leben!“ ist eine Forderung, die von Realismus zeugt. Unabdingbar ist allerdings, dass Konflikte in jedem Falle gewaltfrei gelöst werden müssen. Konflikte mit Gewalt zu lösen, ist in Deutschland gesellschaftlich geächtet und gesetzlich verboten. Der Schutz der Würde jedes Menschen, die körperliche Unversehrtheit und der gesellschaftliche Frieden genießen in Deutschland einen hohen Stellenwert. Noch einmal sei an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erinnert, die in Deutschland als wichtige Errungenschaft gilt und die leider in vormodernen Kulturen oft noch nicht selbstverständlich ist. Gewalt von Männern gegen Frauen wird in Deutschland besonders verachtet. Es mag gewisse Unterschiede geben, wie in verschiedenen Kulturen mit Konflikten umgegangen wird. Gewalt gegen Mitmenschen, unnötige Gewalt gegen Tiere, ja sogar gegen Gegenstände (Vandalismus) kann und darf nicht akzeptiert werden. Bereits die Androhung von Gewalt verletzt den gesellschaftlichen Frieden.

Wir wissen, dass die überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Asylbewerber den Grundsatz der Gewaltfreiheit im menschlichen Zusammenleben schätzt, ja vielleicht sogar gerade deshalb nach Deutschland gekommen ist. Leider müssen wir jedoch immer wieder erleben, dass sich einzelne Personen nicht an den Grundsatz der Gewaltfreiheit halten und geltende Gesetze nicht achten. Nicht selten ist in den

Gemeinschaftsunterkünften ein bewusstes sinnloses Zerstören von Einrichtungsgegenständen zu beobachten. Das mindert nicht nur die Wohn- und Lebensbedingungen aller Bewohner, so dass alle darunter zu leiden haben, sondern verringert auch die Akzeptanz für Asylbewerber in der deutschen Bevölkerung, die mit ihren Steuern für die Kosten der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern aufkommen müssen. Ich bitte Sie sehr, sich das Leben in der schwierigen Zeit des Asylverfahrens durch Rücksichtnahme und Respekt und durch einen schonenden Umgang mit den Dingen, die Ihnen zur Verfügung gestellt werden, gegenseitig zu erleichtern.

Zu den Vergehen, die in der Vergangenheit leider immer wieder bei Asylbewerbern zu beobachten waren, gehören das Konsumieren und der Handel mit illegalen Drogen, Gewaltandrohungen, Urkundenfälschung, Ladendiebstähle, Autofahren ohne Führerschein und unerlaubtes Verlassen des zugewiesenen Landkreises. Nach der deutschen Rechtsordnung sind das keine Bagatelldelikte. Die Tatsache, dass das Leben von Asylbewerbern von manchen Einschränkungen und Frustrationen bestimmt ist, entschuldigt keine Rechtsverstöße. Rechtsverstöße werden bestraft, wirken sich negativ auf den Asylantrag aus und gefährden die ohnehin fragile Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme und Schutzgewährung von Flüchtlingen.

Im Rahmen der allgemeinen Rechtsvorschriften dürfen sich auch Asylbewerber politisch betätigen. Das politische Engagement darf jedoch nicht „den außenpolitischen Interessen oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen“ (§ 47 Aufenthaltsgesetz), und es muss in jedem Falle gewaltfrei erfolgen. Wenn Sie Zweifel in Bezug auf die Rechtmäßigkeit politischer Betätigung haben, lassen Sie sich von örtlichen Ausländerbeauftragten beraten. Ausländer, die auf Grund von Straftaten als Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland angesehen werden, sind auch im Falle des Vorliegens von Fluchtgründen nicht vor Ausweisung und Abschiebung geschützt (§ 60 Absatz 8 Aufenthaltsgesetz).

Selbstverständlich, das sei an dieser Stelle noch einmal bekräftigt, genießen auch Sie als Asylbewerber den uneingeschränkten Schutz des Staates davor, von anderen angegriffen oder geschädigt zu werden. Gegen die kleine, aber durch spektakuläres und oftmals brutales Auftreten auf sich aufmerksam machende Minderheit politischer Gewalttäter (Neonazis), die gelegentlich aus rassistischem Hass gegen Einwanderer vorzugehen versuchen, haben Polizei und Justiz konsequent einzuschreiten. Deshalb noch einmal: Wenn Sie Opfer oder Zeuge einer Straftat werden, wenden Sie sich an die Polizei! Sozialbetreuer werden Sie dabei unterstützen.

8. Rückkehr ins Herkunftsland

Die meisten von Ihnen haben weite Wege zurückgelegt, große Anstrengungen unternommen und erhebliche Widerstände überwunden, um nach Deutschland zu gelangen. Das verdeutlicht, dass Sie den festen Willen haben, hier zu leben und nicht in Ihr Heimatland zurückzukehren. Ich muss Sie allerdings über die ernüchternde Tatsache informieren, dass durchschnittlich nur etwa fünf Prozent aller Asylbewerber vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als asylberechtigt anerkannt werden oder einen Abschiebeschutz erhalten und nach Abschluss des Asylverfahrens eine Aufenthaltserlaubnis bekommt. Wem eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, kann mit Integrationshilfen rechnen. Diejenigen aber, deren Asylanträge abgelehnt werden und die auch im Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht keinen Erfolg haben, müssen die Bundesrepublik Deutschland wieder verlassen. Wer dann nicht freiwillig ausreist, wird mit polizeilichem Zwang abgeschoben. Wer aus Deutschland abgeschoben wird, wird registriert, so dass er zu einem späteren Zeitpunkt nicht erneut in das Bundesgebiet einreisen darf (§ 11 Aufenthaltsgesetz). Eine freiwillige Rückkehr in Würde ist in jedem Falle besser als eine Abschiebung unter Zwang.

Wenn Ihnen noch während des Asylverfahrens deutlich werden sollte, dass Sie mit falschen Vorstellungen nach Deutschland gekommen sind, sollten Sie eine freiwillige Rückkehr in Ihr Heimatland erwägen. Das gilt dann, wenn nicht der Schutz vor Verfolgung für Ihre Immigration nach Deutschland ausschlaggebend war, sondern die Hoffnung, wirtschaftlichen Problemen Ihres Heimatlandes zu entgehen und als Arbeitsimmigrant Ihre Zukunft in Deutschland zu gestalten. Da es in Deutschland eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, ist die Einwanderung zum Zwecke der Erwerbstätigkeit stark eingeschränkt. Das Asylverfahren dient der Schutzgewährung. Als Mittel der Arbeitsimmigration wird es nicht akzeptiert.

Wer freiwillig in sein Heimatland zurückkehren möchte, kann über die Ausländerbehörde Rückkehrhilfen beantragen. Voraussetzung ist, dass der Antragsteller seinen Asylantrag zurückzieht und ein gültiges Reisedokument besitzt bzw. sich besorgt.

Die Rückkehrhilfen bestehen aus der Übernahme der Reise- und Gepäcktransportkosten und einem kleinen Bargeldebetrag als Reisebeihilfe.

Die Bundesregierung hat die internationale Organisation für Migration (IOM) mit der Verwaltung der Rückkehrhilfen beauftragt. IOM ist auch für die Durchführung von Starthilfeprogrammen zuständig, die Rückkehrer befähigen sollen, im Herkunftsland eine bescheidene Existenz aufzubauen. Da solche Programme laufend aktualisiert werden und je nach Herkunftsland variieren, ist in jedem Einzelfall eine ausführliche Beratung erforderlich. Bitte wenden Sie sich in diesem Falle an einen Sozialverband! Auf Rückkehr- und Weiterwanderungsberatung ist insbesondere das Raphaelswerk, ein Fachdienst des Caritasverbandes, spezialisiert.

9. Adressen

Landratsamt Landkreis Altenburger Land

Sozialamt
Frau Kiese Wetter
Lindenaustraße 9
04600 Altenburg
Telefon: 03447 / 586 0
Fax: 03447 / 586 520

Landratsamt Landkreis Eichsfeld

Ausländerbeauftragte
Frau Träger
Friedensplatz 8
37308 Heiligenstadt
Telefon: 03606 / 650 166
Fax: 03606 / 61 22 63

Stadtverwaltung Erfurt

Ausländerbeauftragte
Frau Tuche
Benediktsplatz 1
99084 Erfurt
Telefon: 0361 / 655 1044
Fax: 0361 / 655 1119

Stadtverwaltung Gera

Aussiedler- und Ausländerbeauftragte
Frau Fichtelmann
Gagarinstraße 99 / 101
07545 Gera
Telefon: 0365 / 838 3029
Fax: 0365 / 838 3122

Landratsamt Landkreis Gotha

Ausländerbeauftragte
Frau Luster
18.-März-Straße 50
99867 Gotha
Telefon: 03621 / 214 159
Fax: 03621 / 214 283

Landratsamt Landkreis Greiz

Ausländerbeauftragte
Frau Christmann
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz
Telefon: 03661 / 876 187
Fax: 03661 / 876 355

Landratsamt Landkreis Hildburghausen

Soziale Dienste/Ausländerbeauftragte
Wiesenstraße 18
98646 Hildburghausen
Telefon: 03685 / 445 303
Fax: 03685 / 445 501

Landratsamt Ilm-Kreis

Ausländerbeauftragte
Frau Dr. Wedig
Krankenhausstraße 12
98693 Ilmenau
Telefon: 03677 / 657 216
Fax: 03677 / 657 210

Stadtverwaltung Jena

Ausländerbeauftragte
Anger 15
07743 Jena
Telefon: 03641 / 492 635
Fax: 03641 / 492 601

Zivildienstleistender der Ausländerbeauftragten

der Stadt Jena
Telefon: 03641 / 492 636
Fax: 03641 / 492 634

Landratsamt Kyffhäuserkreis

Ausländerbeauftragte
Frau Thiele
Markt 8
99706 Sondershausen
Telefon: 03632 / 741 107
Fax: 03632 / 741 102

Landratsamt Saale-Holzland-Kreis

Ausländer- und Aussiedlerbeauftragte
Frau Dr. Leitel
Im Schloß
07607 Eisenberg
Telefon: 036691 / 701 80
Fax: 036691 / 701 66

Landratsamt Saale-Orla-Kreis

Ausländer- und Aussiedlerbeauftragte
Oschitzer Straße 4
07907 Schleiz
Fax: 03647 / 448 155

Landratsamt Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Ausländerbeauftragter
Schloßstraße 24
07318 Saalfeld
Telefon: 03671 / 823 205
Fax: 03671 / 823 370

Landratsamt Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Ausländerbeauftragte
Jerusalemstraße 13
98617 Meiningen
Telefon: 03693 / 485 252
Fax: 03693 / 485 258

Landratsamt Sömmerda

Sozialamt
Frau Ströher
Bahnhofstraße 9
99610 Sömmerda
Telefon: 03634 / 354 780
Fax: 03634 / 354 780

Landratsamt Landkreis Sonneberg

Amt für soziale Sonderaufgaben
Frau Teßmer
Bahnhofstraße 66
98515 Sonneberg
Telefon: 03675 / 871 496
Fax: 03675 / 871 5223

Stadtverwaltung Suhl

Ausländer-/Gleichstellungsbeauftragte
Frau Rudnick
Marktplatz 1
98527 Suhl
Telefon: 03681 / 742 812
Fax: 03681 / 742 848

Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis

Ausländerbeauftragte
Herr Steinbrecher
Brunnenstraße 97
99974 Mühlhausen
Telefon: 03601 / 801 006
Fax: 03601 / 801 080

Landratsamt Wartburgkreis

c/o Volkshochschule
Aussiedler- und Ausländerbeauftragte
Frau Dümont
Karl-Liebknecht-Str. 23
36433 Bad Salzungen
Telefon: 03695 / 553 716
Fax: 03695 / 553 720

Stadtverwaltung Weimar

Fachreferentin für Ausländer
Frau Mühe
Steubenstraße 23/25
99423 Weimar
Telefon: 03643 / 762 766
Fax: 03643 / 762 768

Evangelischer Kirchenkreis Erfurt

Büro für ausländische MitbürgerInnen
Hans-Sailer-Str. 57
99089 Erfurt
Telefon: 0361 - 7 50 84 22 / 23
Fax: 0361 - 7 50 84 24
E-Mail: info@auslaenderberatung-erfurt.de

Ausländerbeirat der Stadt Erfurt

c/o Ausländerbeauftragte der Stadt Erfurt
Benediktsplatz 1
99084 Erfurt
Telefon: 0361 / 655 - 1044
Fax: 0361 / 655 – 1119

Ausländerbeirat der Stadt Jena

Unterlauengasse 2
07743 Jena
Donnerstag 14-18 Uhr (Rea Mauersberger)
Telefon: 03641 / 49 33 30 oder 44 89 36

Ausländerbeirat der Stadt Weimar

c/o Ausländerbeauftragte der Stadt Weimar
Steubenstraße 23/25
99423 Weimar
Telefon: 03643 / 762 766
Fax: 03643 / 762 768

Afro Center Jena

Knebelstraße 3
07743 Jena
Telefon: 03641 / 44 00 08
Fax: 66 41 83

L'amitié e. V.

Humboldtstr. 67
99867 Gotha
Telefon: 03621 / 2 93 40
Fax: 03621 / 70 72 73